

Beteiligentransparenzdokumentation

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/5040)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum (Keine Dokumente vorhanden)**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 23. Juni 2022

1. Drucksache

Gesetzentwurf

**der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN**

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird die Anregung der Landesregierung in ihrem "Bericht über die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Landtagswahlkreisen nach § 2 Abs. 4 Thüringer Landeswahlgesetz (ThürLWG)" vom Februar 2022 (Drucksache 7/4973) zur Änderung des § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG aufgegriffen. Gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ThürLWG legt die Landesregierung dem Landtag spätestens 27 Monate nach Beginn der Wahlperiode einen schriftlichen Bericht über die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen vor. Bereits drei Monate später (30 Monate nach Beginn der Wahlperiode) sind gemäß § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG die Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen frühestens möglich. Um dieses Zeitfenster im Hinblick auf eine notwendige Wahlkreisneueinteilung aus Gründen der Rechtssicherheit zu erweitern, regte die Landesregierung in ihrem Bericht an, den Zeitpunkt für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen um neun Monate nach hinten zu verschieben und mit dem Zeitpunkt der frühestmöglichen Wahlen der Wahlkreisbewerber (39 Monate nach Beginn der Wahlperiode) zusammenzulegen.

B. Lösung

Verschiebung des Zeitpunkts für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen um neun Monate nach hinten und Zusammenlegung mit dem Zeitpunkt der frühestmöglichen Wahlen der Wahlkreisbewerber durch Änderung des § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG.

C. Alternativen

Beibehaltung der bestehenden Rechtslage.

D. Kosten

Keine

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

§ 23 Abs. 3 Satz 2 des Thüringer Landeswahlgesetzes in der Fassung vom 30. Juli 2012 (GVBl. S. 309), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 2. Juli 2021 (GVBl. S. 299), erhält folgende Fassung:

"Die Wahlen dürfen frühestens 39 Monate nach Beginn der Wahlperiode stattfinden."

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**A. Allgemeines**

Die beabsichtigte Gesetzesänderung steht in thematischem Zusammenhang mit dem dem Landtag zur Verfügung stehenden Zeitrahmen für eine notwendige Wahlkreisneueinteilung. Die Frage, zu welchem Zeitpunkt eine Wahlkreisneueinteilung rechtssicher abgeschlossen sein muss, wird - mangels ausdrücklicher gesetzlicher Regelungen - in der Rechtswissenschaft unterschiedlich beurteilt.

Während der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags in einem Gutachten im Kern zu dem Ergebnis kommt, dass ein Neuzuschnitt der Wahlkreise etwa ein halbes Jahr vor der Wahl abgeschlossen sein sollte, hat die Landesregierung im Rahmen des Ergänzenden Berichts der Wahlkreiskommission für die 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestags die Position eingenommen, dass die Wahlkreiseinteilung aus Gründen der Chancengleichheit der Parteien und der Rechtssicherheit vor dem frühestmöglichen Zeitpunkt der Wahl der Vertreterversammlung der Parteien abgeschlossen sein muss. Hierzu wird im Einzelnen auf das Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags "Zeitliche Parameter für die Einteilung von Wahlkreisen" (WD 3 - 3000 - 165/20) vom 1. Juli 2020 sowie auf den oben genannten ergänzenden Bericht der Wahlkreiskommission (Bundestagsdrucksache 18/7350, S. 7) verwiesen.

Der Wissenschaftliche Dienst des Thüringer Landtags vertrat im Rahmen einer Stellungnahme vom 16. März 2017 (auf Beschluss des Innen- und Kommunalausschusses vom 10. März 2017) die Auffassung, dass spätestens ab Überschreiten des 39. Monats nach Beginn der Legislaturperiode - also dem frühestmöglichen Zeitpunkt der Bewerberwahl gemäß § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG - Änderungen im Zuschnitt der Wahlkreise jedenfalls grundsätzlich unzulässig sein dürften. Um jegliches verfassungsrechtliches Risiko für den Bestand der nächsten Landtagswahlen auszuschließen, hielt der Wissenschaftliche Dienst es jedoch für den sichersten Weg, den Wahlkreiszuschnitt der seinerzeit fraglichen Wahlkreise in den damaligen (kurz vor dem Abschluss stehenden) Gesetzgebungsprozess (zur Änderung des Landeswahlgesetzes) mit einzubeziehen (siehe Vorlage 6/2319 zu Drucksache 6/3505, S. 6).

Vor diesem Hintergrund erscheint es im Sinne einer größeren Rechtssicherheit sachgerecht und sinnvoll, das Zeitfenster zwischen dem Bericht der Landesregierung nach § 2 Abs. 4 ThürLWG und den frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen zu vergrößern. Mit der vorgesehenen Gesetzesänderung wird dieses bisher bestehende enge Zeitfenster von drei Monaten um neun Monate auf ein Jahr erweitert, indem der Zeitpunkt für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen mit dem Zeitpunkt der frühestmöglichen Wahlen der Wahlkreisbewerber zusammengelegt wird.

B. Zu den einzelnen Bestimmungen**Zu Artikel 1**

Durch die Verschiebung des Zeitpunkts für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen um neun Monate nach hinten und die damit verbundene Zusammenlegung mit dem Zeitpunkt der frühestmöglichen Wahlen der Wahlkreisbewerber gibt es in § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG künftig für das gesamte Vertreter- und Bewerberaufstel-

lungsverfahren nur noch einen einheitlichen Termin, und zwar den bisher späteren Zeitpunkt der Wahlen der Wahlkreisbewerber (39 Monate nach Beginn der Wahlperiode). Damit verlängert sich der Zeitraum zwischen dem Termin für den Bericht der Landesregierung nach § 2 Abs. 4 ThürLWG und dem Termin für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen um neun Monate auf nunmehr ein Jahr. Dies gibt dem Landesgesetzgeber in zeitlicher Hinsicht deutlich mehr Handlungsspielraum für eine mögliche Wahlkreisneueinteilung.

Thüringen ist bisher im Vergleich zu den anderen Bundesländern das einzige Bundesland mit einem so frühen Zeitpunkt für eine mögliche Aufstellung der Vertreter für die Vertreterversammlung. Die Bundesländer Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben ebenfalls gesetzlich nur einen einheitlichen Zeitpunkt für die beiden Aufstellungsverfahren (Vertreter für die Vertreterversammlung und Wahlkreisbewerber) geregelt, die auch deutlich näher an der nächsten anstehenden Wahl liegen. Ein sachlicher Grund für einen solch frühen Zeitpunkt ist nicht erkennbar. Hierzu wird auf den "Bericht der Landesregierung über die Veränderung der Bevölkerungszahlen in den Landtagswahlkreisen nach § 2 Abs. 4 Thüringer Landeswahlgesetz (ThürLWG)" vom Februar 2022 (Drucksache 7/4973) Bezug genommen.

Zu Artikel 2

Die Norm regelt das Inkrafttreten der Regelung.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Blechschmidt

Für die Fraktion
der SPD:

Lehmann

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Henfling

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

CDU Thüringen

Der Landeswahlleiter Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP), Landesverband Thüringen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Landesverband Thüringen

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Jun.-Prof. Dr. Michl, Universität Leipzig

SPD Thüringen

MLPD Thüringen

Gemeinde- und Städtebund Thüringen e.V.

DIE LINKE Thüringen

Thüringischer Landkreistag e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligientransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">CDU Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">pol. Partei</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">PSF 450 115</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px; text-align: center;">99051 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	CDU Thüringen	pol. Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PSF 450 115	Postleitzahl, Ort	99051 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	CDU Thüringen	pol. Partei									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	PSF 450 115									
Postleitzahl, Ort	99051 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	parteipol. Arbeit	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die CDU Thüringen stimmt den Anliegen des Gesetzentwurfs zu, insbesondere mit Blick auf 1) die Erweiterung des Zeitfensters für Wahlkreisneueinteilungen aus Gründen der Rechtssicherheit, 2) die Angleichung an die Praxis anderer Bundesländer, 3) die Vereinfachung der Rahmenbedingungen für die betreffenden Aufstellungsverfahren.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 6 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Landesgeschäftsstelle

der CDU Thüringen



CDU Thüringen | Friedrich-Ebert-Str. 63 | 99096 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
02.05.2022 15:54

11256/2022

Thüringer Landtag
Zuschrift
7/1853

zu Drs. 7/5040

Erfurt, 28. April 2022

Ihr Zeichen:

Drs. 7/5040

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dem Gesetzentwurf für ein „Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes“ (Drs. 7/5040) schlagen die Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, den Zeitpunkt für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreter für die Vertreterversammlungen auf 39 Monate nach Beginn der Wahlperiode nach hinten zu verlegen. Dadurch fiel a) dieser frühestmögliche Zeitpunkt mit demjenigen für die Wahlen der Wahlkreisbewerber zusammen und bliebe b) mehr Zeit für eventuell notwendige Wahlkreisneueinteilungen.

Bisher befindet sich in Thüringen der Zeitpunkt für die frühestmögliche Aufstellung der Vertreter für die Vertreterversammlungen bei 30 Monaten nach Beginn der Wahlperiode. Das entspricht etwa deren Hälfte und liegt damit rund zweieinhalb Jahre vor der nächsten Landtagswahl. Es lassen sich keine sachlichen Gründe für einen so frühen Zeitpunkt ausmachen. Die Erfahrungen aus den vergangenen Landtagswahlen haben hingegen gezeigt, dass der Zeitraum zwischen dem Bericht der Landesregierung nach § 2 Abs. 4 Satz 1 ThürLWG (27 Monate nach Beginn der Wahlperiode des Landtags) und den genannten 30 Monaten recht knapp bemessen ist.

CDU Thüringen
Postfach 45 01 15
99051 Erfurt

Tel.: 0361 / 34 49 0
Fax: 0361 / 34 59 225
info@cdu-thueringen.de

cdu-thueringen.de
facebook.com/CDU.Thueringen
twitter.com/cdu_thueringen



Dadurch bleibt dem Landtag für eventuelle Änderungen der Wahlkreiseinteilung, die per Gesetz erfolgen müssen, theoretisch nur wenig Zeit. Und auch, wenn die entsprechenden Wahlen üblicherweise noch nicht unmittelbar zu diesem frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen, schafft eine Verschiebung nach hinten deshalb größere Rechtssicherheit.

Die CDU Thüringen stimmt den Anliegen des Gesetzentwurfs zu, insbesondere mit Blick auf:

- die Erweiterung des Zeitfensters für Wahlkreisneueinteilungen aus Gründen der Rechtssicherheit,
- die Angleichung an die Praxis anderer Bundesländer und
- die Vereinfachung der Rahmenbedingungen für die betreffenden Aufstellungsverfahren (identische Zeitpunkte).

Die CDU Thüringen ist darüber hinaus bereit, auch an weitergehenden Reformen mit Blick auf das Thüringer Landeswahlgesetz, die Zusammensetzung des Thüringer Landtags und mehr mitzuwirken. Entscheidend ist dabei, dass erstens der Zugang zur Wahl im ländlichen Raum nicht erschwert wird und, zweitens, dass Wahlkreise nicht nach politischen Interessen zugeschnitten werden.

Mit freundlichen Grüßen

Generalsekretär

Anlage:

Formblatt zur Datenerhebung

CDU Thüringen
Postfach 45 01 15
99051 Erfurt

cdu-thueringen.de
facebook.com/CDU.Thueringen
twitter.com/cdu_thueringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilidokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilidokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Dr. Holger Poppenhäger</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Landeswahlleiter Thüringen</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Thüringer Landesamt für Statistik</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Europaplatz 3</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">99091 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Dr. Holger Poppenhäger	Landeswahlleiter Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Landesamt für Statistik	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Europaplatz 3	Postleitzahl, Ort	99091 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Dr. Holger Poppenhäger	Landeswahlleiter Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Thüringer Landesamt für Statistik									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Europaplatz 3									
Postleitzahl, Ort	99091 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilidokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname								
Name	Vorname										
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px 5px;"></td> </tr> </table>	Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort							
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Präsident des Thüringer Landesamtes für Statistik Landeswahlleiter des Freistaates Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die Verschiebung des frühesten Zeitpunktes für die Wahlen der Vertreter für eine Vertreterversammlung und damit die Zusammenlegung der Vertreterwahl mit der Wahl der Bewerber wird von Seiten des Landeswahlleiters Thüringen begrüßt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Un
Erfurt, 16.5.2022	



Der Landeswahlleiter Thüringen · Postfach 90 01 63 · 99104 Erfurt

Thüringer Landesamt für Statistik

Büro des Landeswahlleiters

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
18.05.2022 10:51

12710/2022

Erfurt, 16.5.2022
Seitenanzahl: 1

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/5040 -

hier: Anhörungsverfahren gemäß § 79 der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Achten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes.

Die Verschiebung des frühesten Zeitpunktes für die Wahlen der Vertreter für eine Vertreterversammlung und damit die Zusammenlegung der Vertreterwahl mit der Wahl der Bewerber wird von Seiten des Landeswahlleiters Thüringen begrüßt.

Vor allem in Anbetracht einer Wahlkreisneueinteilung erscheint die Verschiebung des Zeitraumes zur Schaffung eines weiten Zeitfensters zwischen dem Bericht der Landesregierung gemäß § 2 Abs. 4 ThürLWG sowie der Wahl der Vertreter und der Bewerber nach § 23 Abs. 3 ThürLWG sinnvoll.

Die Begründung der beabsichtigten Gesetzesänderung fokussiert sich auf die Chancengleichheit der Parteien und den Zeitpunkt der Rechtssicherheit.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, erlaube ich mir, Sie darauf hinzuweisen, dass der verfassungsrechtlich verankerte Grundsatz der Gleichheit der Wahl in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben sollte. Schließlich wird durch den Zuschnitt der Wahlkreise das Stimmengewicht, das heißt die Erfolgchance der einzelnen Stimme, tangiert. Eine Verletzung der Wahlgrundsätze sehenden Auges birgt Gefahr, dass Zweifel an der Legitimation der Wahl aufkommen können.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzesentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Politische Partei</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">c/o Martin Truckenbrodt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Sonneberger Straße 244</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">96528 Frankenblick</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Martin Truckenbrodt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244	Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick
	Name	Organisationsform									
	Ökologisch-Demokratische Partei Landesverband Thüringen	Politische Partei									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	c/o Martin Truckenbrodt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Sonneberger Straße 244									
Postleitzahl, Ort	96528 Frankenblick										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Politik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	<ul style="list-style-type: none"> Die geplante Änderung ist ungewöhnlich, jedoch grundsätzlich nicht zu beanstanden. Es sind jedoch weitere Änderungen am Landeswahlgesetz und der Verfassung des Freistaat Thüringen angezeigt und dringend notwendig: Die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für Wahlkreisvorschläge von Parteien und für andere Wahlkreisvorschläge ist ganz offensichtlich verfassungswidrig. Es fehlen Festlegungen für die im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags zu sammelnden Anzahlen an Unterstützungsunterschriften. Die 5%-Sperrklausel zeigt nicht die beabsichtigte Wirkung, ist also wirkungslos zur Sicherung des Zustandekommens handlungsfähiger Mehrheitsregierungen und der Verhinderung der Etablierung stark extremistisch ausgerichteter Parteien. Stattdessen verursacht sie eine Zersplitterung der Parteienlandschaft und entwickelt sich so zunehmend zu einer Gefahr für Politik, Demokratie, Staat und Gesellschaft. 	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail (vorab)	
	<input checked="" type="checkbox"/> per Brief	

6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Seltendorf, 20.5.2022	



Landesverband
Thüringen

Ökologisch-Demokratische Partei
Landesverband Thüringen
Landesvorsitzender

Sonneberger Straße 244
96528 Frankenblick/Seltendorf

ÖDP Thüringen • Sonneberger Straße 244 • 96528 Frankenblick

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THUR. LANDTAG POST
23.05.2022 07:39

13049/22

20. Mai 2022

Stellungnahme zur Drucksache 7/5040 – Ahtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben hiermit unsere Stellungnahme zur Drucksache 7/5040 ab.

Auch wenn wir es für etwas ungewöhnlich halten, dass zwei im Verfahren eigentlich zwangsläufig aufeinanderfolgende Fristen bzw. Stichtage auf den selben Tag fallen sollen, haben wir keine Einwände gegen die geplante Gesetzesänderung.

Wir möchten jedoch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass das letzte Gesetz zur vorübergehenden Änderung des Landeswahlgesetzes für mögliche vorzeitige Neuwahlen des Thüringer Landtags im Jahr 2021 unter den Bedingungen einer pandemischen Lage seit dem 1.1.2022 nicht mehr wirksam ist. Daher halten wir es für dringend notwendig, ebenfalls folgende Änderungen am Landeswahlgesetz dauerhaft vorzunehmen:

Problematic verfassungswidrig hohe Anzahl für Wahlkreisvorschläge zu sammelnder Unterstützungsunterschriften

Problematic fehlende Festlegung für die im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags zu sammelnden Anzahlen an Unterstützungsunterschriften

...

§ 22

Inhalt und Form der Wahlkreisvorschläge

- (1) Der Wahlkreisvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Wahlkreisvorschlag genannt werden. Als Bewerber kann nur vorgeschlagen werden, wer seine Zustimmung hierzu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.
- (2) Wahlkreisvorschläge von Parteien müssen von dem Vorstand des Landesverbands oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigeren Gebietsverbände (§ 7 Abs. 2 des Parteiengesetzes), in deren Bereich der Wahlkreis liegt, eigenhändig unterzeichnet sein. Wahlkreisvorschläge der in § 20 Abs. 2 Satz 1



www.oedp-thueringen.de



info@oedp-thueringen.de



<https://www.facebook.com/OEDPThueringen/>



<https://twitter.com/OedpThueringen>



<https://www.instagram.com/oedpthueringen/>

genannten Parteien müssen außerdem von mindestens 250 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung des Wahlkreisvorschlags nachzuweisen.

(3) Andere Wahlkreisvorschläge müssen von mindestens 250 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(4) Wahlkreisvorschläge von Parteien müssen den Namen der einreichenden Partei und sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, andere Wahlkreisvorschläge ein Kennwort enthalten.

(5) Im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) reduziert sich die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für betreffende Wahlkreisvorschläge auf 50.

...

§ 25

Zurücknahme von Wahlkreisvorschlägen

Ein Wahlkreisvorschlag kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über seine Zulassung entschieden ist. Ein von mindestens 250 100 oder im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) von mindestens 50 Wahlberechtigten unterzeichneter Wahlkreisvorschlag kann auch von der Mehrheit der Unterzeichner durch eine von ihnen persönlich und handschriftlich vollzogene Erklärung zurückgenommen werden.

...

§ 29

Landeslisten

(1) Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Sie müssen von dem Vorstand des Landesverbands oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigeren Gebietsverbände, die im Wahlgebiet liegen, bei den in § 20 Abs. 2 genannten Parteien außerdem von 1.000 Wahlberechtigten eigenhändig unterzeichnet sein. Im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) reduziert sich die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für Landeslisten auf 250. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlags einer der in § 20 Abs. 2 genannten Parteien muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen.

...

Begründung Unterstützungsunterschriften Wahlkreisvorschläge:

Laut aktueller Rechtsprechung wäre hier ein Wert von max. 0,26 % der Wahlberechtigten zulässig. Für die 44 Wahlkreise gemittelt liegt dieser Wert in Thüringen hingegen aktuell bei 0,64 %. Wir empfehlen hier den neuen Wert 100, welcher in den meisten Bundesländern zur Anwendung kommt, auch wenn dieser für Thüringen ebenfalls schon sehr knapp bemessen ist.

Hinweis zu Unterstützungsunterschriften Wahlkreisvorschläge:

Wir haben nun bereits mehrfach auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Sollte hier nicht rechtzeitig bis zur kommenden Landtagswahl im Herbst 2024 eine entsprechende Gesetzesänderung kommen, werden wir dazu ein Organstreitverfahren vom Thüringer Verfassungsgerichtshof beantragen.

Begründung Reduzierung Unterstützungsunterschriften bei vorzeitiger Neuwahl:
Die Reduzierung auf 25 Prozent für Landeslisten und 50 Prozent für Wahlkreisvorschläge orientiert sich an den hierfür in anderen Bundesländern üblichen gesetzlichen Regelungen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass sich der Sammlungszeitraum für Unterstützungsunterschriften im Falle einer vorzeitigen Neuwahl von etwa 15 Monaten auf faktisch und praktisch etwa sieben Wochen verkürzt. Das liegt deutlich oberhalb des Faktors vier bzw. zwei, um den sich die Anzahlen der sammelnden Unterstützungsunterschriften reduzieren.

Wir erinnern hiermit den Gesetzgeber an die Plenarsitzung des Thüringer Landtags vom 12.3.2021. Hier bestätigten mehrere im Thüringer Landtag vertretene Parteien, dass Bedarf auch für langfristige bzw. dauerhafte Regelungen besteht. Umso mehr sind wir nun verwundert darüber, dass wir erneut darauf hinweisen müssen, weil der vorliegende Gesetzesentwurf diese Probleme wieder nicht beseitigt.

Quelle: <https://youtu.be/g3ferdZzhJE?t=1260>

Weiterhin möchten wir diese Anpassung am Landeswahlgesetz vorschlagen:

Vorschlag zur Modernisierung der Regelungen bezüglich der Notwendigkeit zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften

...

§ 20

Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige

(1) Wahlvorschläge können von Parteien und nach Maßgabe des § 22 von Wahlberechtigten eingereicht werden.

(2) Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren oder nicht jeweils zumindest mit einer Landesliste und zusätzlich mindestens einem Wahlkreisvorschlag sowohl an den zuletzt stattgefundenen Bundestagswahlen als auch an den zuletzt stattgefundenen Landtagswahlen in Thüringen teilgenommen haben, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag vor der Wahl bis 18 Uhr dem Landeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Landeswahlausschuss die Parteieigenschaft festgestellt hat. Die Anzeige muss enthalten:

1. den Namen und die Kurzbezeichnung, unter denen die Partei sich an der Wahl beteiligen wird und
2. die eigenhändigen Unterschriften von mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstands, darunter die des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, oder, wenn ein Landesverband nicht besteht, von den Vorständen des nächstniedrigeren Gebietsverbandes (§ 7 Abs. 2 des Parteiengesetzes), in deren Bereich der Wahlkreis liegt. Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Parteien sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstands sind der Anzeige beizufügen.

...

Begründung:

Die Verpflichtung zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften stellt nicht nur gemäß aktueller Rechtsprechung bereits eine systematische Einschränkung der verfassungsgemäßen Grundsätze der Gleichheit der Wahl und der Chancengleichheit der Parteien dar. Sie

belastet zudem in nicht unerheblichem Umfang die Kommunalverwaltungen Thüringens und das Büro des Landeswahlleiters. Mehr als 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und mehr als 30 Jahre nach der Deutschen Einheit halten wir eine mit unserem Vorschlag eingebachtete Modernisierung für angebracht und verantwortbar.

Wir haben seit 1990 in Thüringen, mit Ausnahme von 2005, als wir bundesweit zugunsten der Familienpartei nicht teilgenommen haben, an jeder Bundestagswahl teilgenommen. Weiterhin haben wir seit 1990 an vier der insgesamt sieben Landtagswahlen teilgenommen. Es erschließt sich uns nicht, warum wir immer noch bei jedem Wahlantritt dessen Ernsthaftigkeit mit der Sammlung von Unterstützungsschriften belegen müssen. Unseren Vorschlag betrachten wir als moderat und als guten Kompromiss.

Wir möchten an dieser Stelle abschließend auch eine Überarbeitung der Thüringer Verfassung anregen:

Vorschlag zur Beseitigung der Gefahr auf Grund der 5%-Sperrklausel für Demokratie, Gesellschaft und die Handlungsfähigkeit der Landespolitik

...

Artikel 49

- (1) Der Landtag wird nach den Grundsätzen einer mit der Personenwahl verbundenen Verhältniswahl gewählt.
(2) ~~Für die Zuteilung von Landtagssitzen ist ein Mindestanteil von fünf vom Hundert der im Land für alle Wahlvorschlagslisten abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.~~
(3) (2) ¹Der Landtag prüft die Gültigkeit der Wahl. ²Er entscheidet, ob ein Mitglied seinen Sitz im Landtag verloren hat.
(4) (3) Das Nähere regelt das Gesetz.

...

Begründung:

1. Sperrklauseln führen zum sogenannten taktischen Wählen und verfälschen damit systematisch das Wahlergebnis.
2. Trotz Sperrklausel haben wir in Thüringen derzeit keine Mehrheitsregierung. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass es in Thüringen ohne Sperrklausel aktuell keine Minderheitsregierung mit den daher einhergehenden Einbußen für Bürgerinnen und Bürger und den Freistaat Thüringen selbst gäbe.
3. Weiterhin haben die Sperrklauseln den Aufstieg der stark rechtsextremistisch ausgerichteten Partei Alternative für Deutschland zur etablierten Partei nicht verhindert.
4. Sperrklauseln befördern zudem die Zersplitterung der Parteienlandschaft, während negative Effekte einer angeblichen Stimmenzersplitterung nicht feststellbar und gemäß unserem aktuellen Kenntnisstand auch nicht wissenschaftlich belegt sind.
5. Wir weisen in diesem Zusammenhang auch auf die aktuelle Besetzung des Landtags im Saarland und die Besetzung des Deutschen Bundestages von 2013 bis 2017 hin. Im aktuellen Saarländischen Landtag sind 22,3 Prozent der Wählerstimmen

(Zweitstimmen) nicht vertreten. Im 18. Deutschen Bundestag waren 15,8 Prozent der Wählerstimmen nicht vertreten gewesen. Hätten B'90/Grüne (5,2%) und FDP (5,0066%) an der Thüringer Landtagswahl 2019 die 5%-Hürde verpasst, wären aktuell ebenfalls ca. ein Sechstel der Wählerstimmen nicht im Thüringer Landtag vertreten.

Die 5%-Sperrklausel garantiert also weder das Zustandekommen von Mehrheitsregierungen, noch verhindert sie die Etablierung stark extremistisch geprägter Parteien. Aus unserer Sicht ist damit die 5%-Sperrklausel als Werkzeug zur Sicherung des Zustandekommens handlungsfähiger Mehrheitsregierungen und der Sicherung der Demokratie gescheitert. Nutznießer der 5%-Sperrklauseln sind damit ausschließlich die größeren Parteien. Diesen Nutzen erzielen diese zu Lasten der Demokratie und des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger in Staat, Politik und Demokratie. Der gesellschaftliche Schaden in Form von Politik- und Politikerverdrossenheit, für die es natürlich auch noch andere Gründe gibt, ist aus unserer Sicht mittlerweile nicht mehr übersehbar. Wir vertreten als überzeugte Demokratinnen und Demokraten deshalb die Auffassung, dass hier mehr als 70 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland und mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung eine Reform deutlich angezeigt und dringend notwendig ist. Eine Minimallösung wäre hier eine Reduzierung der Sperrklausel auf ein Prozent.

Hinweis:

Rein rechnerisch ergibt sich anhand der aktuell 88 regulären Sitze im Thüringer Landtag aus dem Wegfall der Sperrklausel ein Wert von 1,14 Prozent für einen Sitz als gemittelte natürliche Sperrklausel. Unter Beachtung des Auszählverfahrens liegt dieser Wert faktisch und praktisch, je nach Wahlergebnis, etwa zwischen 0,568 und 1,70 Prozent der Zweitstimmen.

Hinweis

Wir hielten im Vorfeld der Abgabe dieser Stellungnahme dazu Rücksprache mit der Partei Volt. Eventuell werden Sie von dieser Partei eine eigene Stellungnahme erhalten, die sich zumindest teilweise auf unsere Stellungnahme bezieht.

Mit freundlichen Grüßen

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.


Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Partei</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Anthonstraße 5, 99084 Erfurt</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Thüringen	Partei	Geschäfts- oder Dienstadresse	Anthonstraße 5, 99084 Erfurt	Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landesverband Thüringen	Partei									
	Geschäfts- oder Dienstadresse	Anthonstraße 5, 99084 Erfurt									
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	<i>Gesetzgebungsverfahren wird begrüßt</i>	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt 27.04.2022	

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen · Lutherstraße 5 · Erfurt

An
Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
24.05.2022 08:47

13189/2022

Landesverband Thüringen

Landesgeschäftsführer
Landesgeschäftsstelle
Lutherstraße 5
99084 Erfurt

Erfurt, 27.04.2022


Stellungnahme zu – Drucksache 7/5040

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Achten Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes – Drucksache 7/5040 – beziehen wir wie folgt Stellung:

Der vorgelegte Gesetzentwurf wird unsererseits ausdrücklich befürwortet. Die Beendigung der bestehenden Rechtsunsicherheit wird durch diese Vereinheitlichung der Fristen sachgerecht beseitigt.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführer 
thuringen.de
Tel. 0361/57 85 60 • Fax 0361/5 78 50 35

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes, Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/5040											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
2.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Mainzer Straße 14-16</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>56130 Bad Ems</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzer Straße 14-16	Postleitzahl, Ort	56130 Bad Ems
	Name	Organisationsform									
	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Mainzer Straße 14-16									
Postleitzahl, Ort	56130 Bad Ems										
Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)											
3.	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilddokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilddokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2, Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; height: 40px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform			Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilddokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Michl</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Fabian</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Universität Leipzig Juristenfakultät Burgstr. 21</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">04109 Leipzig</td> </tr> </table>	Name	Vorname	Michl	Fabian	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	Universität Leipzig Juristenfakultät Burgstr. 21	Postleitzahl, Ort	04109 Leipzig
	Name	Vorname									
	Michl	Fabian									
	<input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	Universität Leipzig Juristenfakultät Burgstr. 21									
Postleitzahl, Ort	04109 Leipzig										

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Staats- und Verwaltungsrecht, insb. Recht der Politik	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Die vorgeschlagene Änderung ist weder verfassungsrechtlich geboten noch problematisch. Regelungsoptionen, die das Ziel noch besser verwirklichen würden, stehen zur Verfügung.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Leipzig, 24.5.2022	



UNIVERSITÄT
LEIPZIG

Juristenfakultät
Juniorprofessur für Staats- und
Verwaltungsrecht mit
Schwerpunkt Recht der Politik
Jun.-Prof. Dr. Fabian Michl, LL.M.

Universität Leipzig, Juristenfakultät, 04081 Leipzig

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt
nur via E-Mail an:
poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST
24.05.2022 10:17

13180/2022

Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes
Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- Drucksache 7/5040 -

24. Mai 2022

Zusammenfassung: Der Gesetzentwurf ist verfassungsrechtlich weder geboten noch problematisch. Er erscheint zweckmäßig, um die zeitliche Abstimmung der Wahlkreiseinteilung und der Kandidatenaufstellung im Vorfeld der Landtagswahl sicherzustellen. Weitergehende Regelungen nach dem Vorbild anderer Länder können als Optionen erwogen werden.

Universität Leipzig
Juristenfakultät
Juniorprofessur für Staats- und
Verwaltungsrecht mit Schwerpunkt
Recht der Politik

Burgstraße 21
04109 Leipzig

I. Regelungskontext

Der Gesetzentwurf betrifft § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG, eine Fristbestimmung im Kontext der Regelungen über die Aufstellung von Parteibewerbern für Wahlkreisvorschläge („Direktkandidaten“). Diese sind entweder in einer Mitgliederversammlung oder einer Vertreterversammlung zu wählen (§ 23 Abs. 1 Satz 1 ThürLWG). Entscheidet sich die Partei für die zweite Variante, muss der Wahl der Parteibewerber eine weitere Wahl vorausgehen: Die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlung.

Web
www.uni-leipzig.de
<https://www.jura.uni-leipzig.de/juniorprofessor-dr-fabian-michl>

Kein Zugang für elektronisch
signierte sowie für verschlüsselte
elektronische Dokumente

Für beide Wahlen sieht § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG derzeit folgende Mindestabstände zum Beginn der Wahlperiode vor: Die Wahl der Parteibewerber darf frühestens 39 Monate nach Beginn der Wahlperiode stattfinden, die Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen frühestens 30 Monate. Vom Ende der fünfjährigen Wahlperiode aus betrachtet, beträgt der Abstand also 21 bzw. 30 Monate.

Die vorgeschlagene Änderung soll die Frist einheitlich auf 39 Monate nach Beginn der Wahlperiode festlegen. Hintergrund ist die Neueinteilung der Wahlkreise durch den Landtag, die erst nach Vorlage des Wahlkreisberichts der Landesregierung beginnen kann. Dieser Bericht ist gemäß § 2 Abs. 4 Satz 1 ThürLWG spätestens 27 Monate nach Beginn der Wahlperiode vorzulegen, also drei Monate vor dem frühestmöglichen Zeitpunkt der Vertreterwahlen.

II. Rechtlicher Rahmen

Durch die gesetzliche Festlegung von **Mindestabständen** der Vertreter- und Parteibewerberwahlen zum Beginn der Wahlperiode des Landtags werden die parteiinternen Wahlen auf einen überschaubaren Zeitraum vor der nächsten Landtagswahl begrenzt. Eine verfrühte Bewerberwahl- oder Kandidatenaufstellung wäre rechtswidrig.¹

Die Mindestabstände stellen sicher, dass das Ergebnis der Kandidatenaufstellung „noch am Wahltag dem politischen **Willen der Mitgliedschaft** der Partei und der sie repräsentierenden Vertreter entspricht“.² Außerdem sollen sowohl bei der Wahl der Vertreter als auch der Parteibewerber „neuere Strömungen“ innerhalb der Partei berücksichtigt werden können und Neumitglieder die Chance erhalten, an der Kandidatenaufstellung mitzuwirken.³

Die Fristen fördern dadurch die **innerparteiliche Demokratie** (Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG) und das **Recht auf Mitgestaltung des politischen Lebens** im Freistaat Thüringen, das insbesondere durch die Mitwirkung in Parteien wahrgenommen wird (Art. 9 Satz 2 ThürVerf.). Die mit den Fristen einhergehenden **Begrenzungen der Organisationsfreiheit der Parteien** sind aus diesen Gründen gerechtfertigt, jedenfalls wenn die Fristen so bemessen sind, dass es den Parteien nicht übermäßig erschwert oder sogar praktisch unmöglich gemacht wird, rechtzeitig ihre Bewerber aufzustellen und Wahlkampf zu betreiben.

Die Mindestabstände dienen darüber hinaus der **reibungslosen Wahlvorbereitung**, die auf eine zeitliche Koordination der Einteilung von Wahlkreisen durch den Landtag und der Wahl von Vertretern und Direktkandidaten durch die Parteien angewiesen ist. Die Wahl der Vertreter und der Direktkandidaten kann nur rechtssicher erfolgen, wenn die Wahlkreisgrenzen bereits feststehen.⁴ Denn die personelle Zusammensetzung der Mitglieder- bzw. Vertreterversammlung ist vom Zuschnitt der Wahlkreise abhängig: § 23 Abs. 1 Sätze 2 und 3 ThürLWG knüpfen an die Wahlberechtigung der Parteimitglieder „im Wahlkreis“ an. Die jeweilige Parteibasis, auf deren Willen es ankommt, bilden also die im Wahlkreis wahlberechtigten Parteimitglieder, die erst zuverlässig bestimmt werden können, wenn die Wahlkreise abgegrenzt sind.

Der **Zeitpunkt der Wahlkreiseinteilung** ist gesetzlich nicht festgelegt. Einen praktischen Orientierungspunkt bietet § 2 Abs. 4 ThürLWG, wonach die Landesregierung dem Landtag spätestens 27 Monate nach Beginn der Wahlperiode ihren Wahlkreisbericht vorlegt, auf dessen Grundlage über die Neueinteilung von Wahlkreisen entschieden wird. Sofern diese Frist voll ausgeschöpft wird, bleiben dem Landtag nur drei Monate, um vor dem frühestmöglichen Zeitpunkt der Vertreterwahl nach § 23 Abs. 3 Satz 4 ThürLWG die Wahlkreise einzuteilen. Das Gesetzgebungsverfahren müsste also in großer Eile durchgeführt werden.

Ob die **Wahlkreiseinteilung nach dem frühestmöglichen Zeitpunkt** der Vertreter- bzw. Parteibewerberwahl verfassungsrechtlich zulässig wäre, wird unterschiedlich beurteilt.

¹ Zu den Rechtsfolgen mit Blick auf die Aufstellung einer Landesliste BVerfG, Beschl. v. 23.3.2022 – 2 BvC 22/19; regelmäßig keine Zurückweisung des Wahlvorschlags allein aus diesem Grund.

² Boehl, in: Schreiber, BWahlG, 11. Aufl. 2021, § 21 Rn. 31.

³ Boehl, a. a. O.

⁴ Boehl, a. a. O.

So stellte sich die Thüringer Landesregierung im Rahmen des Ergänzenden Berichts der Wahlkreiskommission für die 18. Wahlperiode des Deutschen Bundestages auf den Standpunkt, dass es aus Gründen der Chancengleichheit von Parteien und Bewerbern und dem Grundsatz der Rechtssicherheit notwendig sei, das Gesetzgebungsverfahren zur Wahlkreiseinteilung vor diesem Stichtag abzuschließen.⁵ Dieselbe Auffassung vertrat offenbar der Wissenschaftliche Dienst des Thüringer Landtags in einer Stellungnahme vom 16. März 2017.⁶

Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages teilen diese Bedenken nicht und halten grundsätzlich eine spätere Wahlkreiseinteilung mit dem Vertrauensschutz für vereinbar.⁷

Thum hält es in seiner Kommentierung zu § 3 BWahlG zumindest für „[p]roblematisch, wenn der Gesetzgeber noch zu einem sehr späten Zeitpunkt, nachdem bereits erste Aufstellungsversammlungen durchgeführt und Wahlbewerber nominiert worden sind, Wahlkreise zuschneiden würde“. Besonders kritisch beurteilt er die Lage unter den Gesichtspunkten des Vertrauensschutzes, wenn die Parteien mit solchen Änderungen nicht mehr rechnen müssten. Er verweist außerdem darauf, dass bei nachträglichen Änderungen der Wahlkreise die bereits aufgestellten Bewerber, die von einer solchen Änderung nicht betroffen sind, im Vorteil seien und ihren Wahlkampf ohne zeitliche Einschränkung und ohne das Risiko, bei einer anders zusammengesetzten Aufstellungsversammlung nicht mehr aufgestellt zu werden, fortführen können. „Damit wäre die Chancengleichheit aller Bewerber aufgrund ungleicher ‚Startbedingungen‘ mit den damit verbundenen Wettbewerbsverzerrungen nicht mehr gewahrt.“⁸

Die Bedeutung des rechtstaatlichen Grundsatzes des **Vertrauensschutzes der Parteien** sollte nicht überbewertet werden. Der Grundsatz setzt schutzwürdiges Vertrauen voraus, dass nicht begründet sein kann, solange die Parteien mit einer Neueinteilung der Wahlkreise rechnen müssen. Aufgrund des regelmäßig entstehenden Abgrenzungsbedarfs ist damit aber praktisch vor jeder Wahl zu rechnen, so dass ein Vertrauenstatbestand nicht begründet sein kann, ehe der Landtag über die Neueinteilung entschieden hat. Führt eine Partei vorher Vertreter- oder Parteibewerberwahlen durch, nimmt sie das Risiko einer späteren Wiederholung dieser Wahlen in Kauf und kann sich gegenüber der Änderung nicht auf Vertrauensschutz berufen. Anders wäre die Lage nur in dem – hypothetischen – Fall, dass eine bereits beschlossene Wahlkreiseinteilung durch den Landtag geändert würde. Auch dann kommt es aber auf die Umstände an, ob schutzwürdiges Vertrauen begründet und durch die Neueinteilung verletzt sein kann.

Aus den gleichen Gründen ist auch **kein schutzwürdiges Vertrauen der Parteibewerber** anzuerkennen. Diese können sich nicht darauf verlassen, dass die Parteibasis bzw. der Kreis der Delegierten unverändert bleibt, so lange die Wahlkreise nicht neu eingeteilt sind. Auch unabhängig davon kann ein Parteibewerber sich nicht auf ein „Recht auf Kandidatur“ berufen, sobald er einmal von der Mitglieder- oder Vertreterversammlung gewählt wurde. Denn die Zurücknahme des Wahlkreisvorschlags ist gemäß § 25 Satz 1 ThürLWG bis zur Zulassung durch den Wahlkreisausschuss (am 58. Tag vor der Wahl, § 28 Abs. 1 Satz 1 ThürLWG) möglich. Die Kandidatenaufstellung müsste dann wiederholt werden, wobei sich der bisherige Kandidat keinesfalls sicher sein kann, „bestätigt“ zu werden. Dass die Parteibasis ihren Willen stets neu aktualisieren kann,

⁵ BT-Drs. 18/7350, S. 7.

⁶ Mitgeteilt im Gesetzentwurf, S. 3 (Vorlage 6/2319 zu Drs. 6/3505 ist nicht ohne weiteres abrufbar).

⁷ WD 3 - 3000 - 165/20, S. 4.

⁸ Thum, in: Schreiber, BWahlG, 11. Aufl. 2021, § 3 Rn. 43.

ist Ausdruck der innerparteilichen Demokratie. Durch eine Neueinteilung der Wahlkreise schafft der Gesetzgeber lediglich eine Gelegenheit dazu, die innerparteiliche Willensbildung erneut zu vollziehen.

Die **Chancengleichheit** von Parteien und Wahlkreisbewerbern (Art. 46 Abs. 1 ThürVerf.) steht einer Einteilung der Wahlkreise nach den Mindestabständen für die parteiinternen Wahlen ebenfalls nicht grundsätzlich entgegen. Bezugsgröße für die Chancen auf die Erringung des Wahlkreismandats ist der jeweilige Wahlkreis. Dessen Veränderung betrifft aber alle im Wahlkreis antretenden (Partei-)Bewerber, so dass von vornherein keine Ungleichbehandlung vorliegen kann. Anders wäre dies nur bei offenkundig willkürlichen Wahlkreiszuschnitten (insb. Gerrymandering) zu beurteilen, die aber nicht wegen des Zeitaspekts, sondern wegen der Manipulationsabsicht bzw. ihren gleichheitswidrigen Auswirkungen zu beanstanden wären.⁹

III. Verfassungsrechtliche Bewertung

Nach dem Gesagten erscheint es **nicht als verfassungsrechtlich geboten**, durch ein Erweitern des Mindestabstands sicherzustellen, dass die Wahl der Vertreter und Parteibewerber nach der Wahlkreiseinteilung stattfindet, jedenfalls solange den Parteien nach der Wahlkreiseinteilung genügend Zeit bleibt, Kandidaten aufzustellen und Wahlkampf zu betreiben.

Ebenso wenig ist die vorgeschlagene Änderung des § 23 Abs. 3 Satz 2 ThürLWG aber **verfassungswidrig** oder auch nur verfassungsrechtlich bedenklich. Es ist schon nicht offenkundig, dass durch sie ein verfassungsrechtlich geschütztes Interesse beeinträchtigt wäre. Sofern man die Organisationsfreiheit der Parteien so weit interpretieren will, dass diese grundsätzlich ein Recht darauf haben, Delegierte zu einem beliebigen Zeitpunkt zu wählen, wird man immerhin eine Begrenzung dieser Freiheit annehmen müssen. Diese wäre aber unter dem Gesichtspunkt der Förderung der innerparteilichen Demokratie (Art. 21 Abs. 1 Satz 3 GG), des Rechts auf Mitgestaltung des politischen Lebens (Art. 9 ThürVerf.) mühelos zu rechtfertigen. Auch die reibungslose Taktung mit der Wahlkreiseinteilung ist ein legitimer Gesichtspunkt für die Ausgestaltung des Wahlrechts, innerhalb dessen sich die Organisationsfreiheit der Parteien überhaupt erst entfalten kann.

IV. Rechtsvergleich

Der verfassungsrechtliche Befund wird durch einen Vergleich mit dem Wahlrecht der anderen Länder gestützt.

So regeln die Wahlgesetze der Länder Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ebenfalls einen **einheitlichen Mindestabstand** für Vertreter- und Parteibewerberwahlen. In allen Ländern liegt der frühestmögliche Zeitpunkt der Wahl deutlich näher am Ende der Wahlperiode als nach der vorgeschlagenen Änderung des § 23 Abs. 1 Satz 3 ThürLWG (21 Monate): nämlich 16 (ST), 15 Monate (BB, HB, NW) bzw. 12 Monate (SN).¹⁰

Von den Wahlgesetzen, die **unterschiedliche Mindestabstände** vorsehen, lassen nur zwei, nämlich die Wahlgesetzes des Saarland und von Sachsen-Anhalt, die Vertreterwahl zu einem früheren Zeitpunkt zu, als nach dem Gesetzentwurf vorgesehen: 24 (SL) bzw. 22 Monate (SH) vor Ende der Wahlperiode.¹¹ In allen

⁹ Vgl. Michl/Kaiser, JöR 67 (2019), S. 74 ff.

¹⁰ § 25 Abs. 7 BbgWahlG; § 19 Abs. 3 BremWahlG; § 18 Abs. 5 WahlG NW; § 21 Abs. 3 SächsWahlG; § 19 Abs. 2a LWG LSA.

¹¹ § 17 Abs. 2 LWG Saar; § 23 Abs. 6 LWG SH.

anderen Ländern liegt der Zeitpunkt hinter den 21 Monaten des Gesetzentwurfs: 15 (BW); 17 (BY); 18 (MV; RP); 19 (HE); 20 (ND; HH).¹²

Eine bemerkenswerte **Ausnahme** stellt das Wahlgesetz des Landes Berlin dar, nach dem die Wahlkreisvorschläge erst aufgestellt werden dürfen, wenn die Abgrenzung der Wahlkreise im Amtsblatt bekanntgegeben worden ist.¹³ Diese Bekanntgabe hat spätestens 13 Monate vor dem Ende der Wahlperiode zu erfolgen.¹⁴ Eine Regelung über die Wahl der Delegierten ist nicht ersichtlich.

V. Regelungsoptionen

Da die vorgeschlagene Änderung nicht verfassungsrechtlich geboten erscheint, könnte an der **bestehenden Rechtslage** festgehalten werden.

Sofern das Ziel des Gesetzentwurfs – dem Landtag eine längere Zeit für die Neueinteilung der Wahlkreise zu verschaffen – noch wirksamer verfolgt werden soll, bieten sich zwei weitergehende **Modifikationen** an:

1. Zum einen könnte der **Mindestabstand** der Vertreter- und Parteibewerber Wahlen zum Beginn der Wahlperiode entsprechend dem Vorbild der meisten Länder **vergrößert** werden. So liegt die Zahl der Monate in den meisten Ländern zwischen 40 und 45. Durch eine solche Vergrößerung könnte vermieden werden, dass eine Partei in dem (unberechtigten) Vertrauen auf den Fortbestand der Wahlkreiseinteilung Delegierte und Parteibewerber wählt und diese Wahlen ggf. nach der Neueinteilung wiederholen muss.
2. „Nahtlos“ abgestimmt würde die Kandidatenaufstellung und die Wahlkreiseinteilung durch einen **dynamischen Mindestabstand** nach dem Vorbild Berlins. So könnte der frühestmögliche Zeitpunkt der parteiinternen Wahlen an die Bekanntmachung der Abgrenzung der Wahlkreise im Gesetz- und Verordnungsblatt geknüpft werden. Da in Thüringen – anders als in Berlin – eine Neueinteilung der Wahlkreise nicht vor jeder Wahl zwingend vorgesehen ist, wären weitere Änderungen des Wahlgesetzes erforderlich. Geregelt werden müsste eine Pflicht zur Neueinteilung bzw. Bestätigung der bestehenden Wahlkreise durch den Landtag vor jeder Wahl (systematisch stimmig in § 2 Abs. 4 ThürLWG) und ein Zeitpunkt, zu dem diese spätestens zu erfolgen hat. Der Mehrwert gegenüber einem festen Mindestabstand ist jedoch gering, wenn nach der bisherigen parlamentarischen Praxis davon auszugehen ist, dass die Wahlkreiseinteilung bis spätestens 39 Monate (oder einer anderen Zahl) nach dem Beginn der Wahlperiode abgeschlossen wird.

gez.

Jun.-Prof. Dr. Fabian Michl

¹² Art. 28 Abs. 2 BayLWG; § 24 Abs. 1 LWG BW; § 24 Abs. 2 HmbBüWG; § 22 Abs. 4 HessLWG; § 56 Abs. 3 LKWG MV; § 18 Abs. 1 NLWG; § 37 Abs. 3 Satz 5 LWahlG RP.

¹³ § 12 Abs. 3 LWG BE.

¹⁴ § 9 Abs. 4 LWG BE.

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>SPD Thüringen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Zur-Gagarin-Ring 158</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99084 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	SPD Thüringen		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zur-Gagarin-Ring 158	Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	SPD Thüringen										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Zur-Gagarin-Ring 158									
Postleitzahl, Ort	99084 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Zustimmung zum Entwurf	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilidokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erhvl, 23.05.2022	

SPD

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Per Mail an poststelle@thueringer-landtag.de

THÜR. LANDTAG POST
24.05.2022 10:26

13.194/2022

20. Mai 2022

**Stellungnahme zum Entwurf des Achten Gesetzes zur Änderung des Thüringer
Landeswahlgesetzes (Drs. 7/5040)**

Sehr geehrter Herr Stöffler,

namens des Landesverbandes der SPD Thüringen bedanke ich mich für die Möglichkeit zur Stellungnahme in dem betreffenden Gesetzgebungsverfahren.

Wir unterstützen den Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verschiebung des Zeitpunktes für die frühestmöglichen Wahlen der Vertreterversammlung und damit einer Vereinheitlichung mit dem frühestmöglichen Termin für die Wahlen der Wahlkreisbewerberinnen bzw. Wahlkreisbewerber. Die vorgesehenen 39 Monate nach Beginn der Wahlperiode bieten immer noch genügend Spielraum für die Abwicklung der Vertreterversammlungen und ihrer Vorbereitungen.

Mit freundlichen Grüßen

Landesgeschäftsführerin

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td></td> <td>MLPD Thüringen</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Räthsch. 1A</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>99089 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform		MLPD Thüringen	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Räthsch. 1A	Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt
	Name	Organisationsform									
		MLPD Thüringen									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Räthsch. 1A									
Postleitzahl, Ort	99089 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Landesvorsitzender	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Das Anliegen wird hauptsächlich unterstützt, jedoch eine andere Frist vorgeschlagen (38,5 statt 39 Monate)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 27.5.22	

THÜR. LANDTAG POST
21.06.2022 10:44

15692/2022



MLPD Thüringen | Riethstr. 1A | 99089 Erfurt

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

26.05.22

Stellungnahme der MLPD Thüringen zu Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landes- wahlgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für Ihr Schreiben zum Anhörungsverfahren des Thüringer Landtags zum Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und Bündnis90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 - Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Wahlgesetzes.

Das Anliegen der Änderungen ist hauptsächlich berechtigt. Wir sprechen uns jedoch gegen den konkreten Vorschlag aus, den frühestmöglichen Termin zur Wahl der Vertreter für die Vertreterversammlungen neun Monate nach hinten zu verschieben auf 39 Monate nach der letzten Landtagswahl, sondern sprechen uns statt dessen für 38,5 Monate aus.

Wenn 39 Monate nach der letzten Landtagswahl die Vertreter für die Vertreterversammlungen gewählt werden, können diese - unter Wahrung der *allgemein für angemessen gehaltenen* Einladungsfristen - erst 14 Tage später die Wahlkreisbewerber aufstellen. Damit haben bisher nicht im Landtag vertretene Parteien zwei Wochen weniger Zeit für die Sammlung der notwendigen Unterstützungsunterschriften.

Für die bereits im Landtag vertretenen Parteien ist das in der Praxis kaum ein Unterschied, da diese real ihre Kandidaten viel später aufstellen. Kleinere Parteien wie die MLPD stellen jedoch ihre Kandidaten so früh wie möglich auf und werden auch bisher bereits durch die aufgezwungene Sammlung von *Unterstützungsunterschriften* über Gebühr belastet. Jede verlorene Woche ist hier eine weitere unzulässige Behinderung des demokratischen Rechts der Beteiligung an Wahlen.

Die MLPD fordert seit langem die komplette Abschaffung der *undemokratischen Wahlbehinderungen* von nicht im Landtag vertretenen Parteien *auf antifaschistischer Grundlage*, also die Abschaffung der Sammlung von Unterstützungsunter-

MLPD
Member of ICOR
Landesverband Thüringen

Riethstr. 1A
99089 Erfurt

TELEFON
0361 2300 3330

TELEFAX
0361 2300 0861

E-MAIL
thueringen@mlpd.de

WEB
www.mlpd.de

schriften und ebenso die 5%-Klausel. *Vor allem letztere führt zunehmend dazu, dass der Wählerwille verzerrt wird und bei den jüngsten Wahlen auf Bundes- und Länderebene nahezu 10 % der Stimmen keine Berücksichtigung mehr finden. Die jetzt anstehende Änderung des Landeswahlgesetzes wäre eine hervorragende Gelegenheit für die bisher im Landtag vertretenen demokratischen Abgeordneten, ihre Position dafür zu nutzen, die Erweiterung der demokratischen Rechte kleinerer Parteien zu ermöglichen statt parteipolitisch motiviert die Privilegien der größeren Parteien aufrecht zu erhalten.* Im Übrigen dürfte die Abschaffung der 5%-Klausel inzwischen auch im Interesse der FDP und der Grünen liegen, deren Einzug in verschiedene Landtage in der Vergangenheit oft an wenigen tausend Stimmen hing.

Mit freundlichen Grüßen

Vorsitzender MLPD Landesverband Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen:

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu ertellen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Gemeinde- und Städtebund Thüringen</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Eingetragener Verein</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Richard-Breslau-Straße 14</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">99094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebund Thüringen	Eingetragener Verein									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Straße 14									
Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Kommunaler Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 7.6.2022	

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Achttes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -		
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	
	DIE LINKE, Thüringen	
	Organisationsform	
	Partei	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	DIE LINKE, LV Thüringen	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	
	Eugen-Richter-Str. 44	
	Postleitzahl, Ort	
	99085 Erfurt	
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)	
	Name	
	Vorname	
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse	
	(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBetellG)	
	Landesschatmeister DIE LINKE Thüringen	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBetellG)	
	Zurücknahme	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBetellG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBetellG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 29.05.2022	

THÜR. LANDTAG POST
30.05.2022 08:57
1358612022

DIE LINKE.
T H Ü R I N G E N

DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt

Thüringer Landtag

Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Str. 1

99096 Erfurt

Landesgeschäftsstelle

Eugen-Richter-Str. 44
99085 Erfurt

Telefon 0361 / 6011130

Telefax 0361 / 6011141

lgeschaeftsstelle@die-linke-
thueringen.de

www.die-linke-thueringen.de

Erfurt, 25.05.2022

Stellungnahme der Partei DIE LINKE. Thüringen zum Gesetzentwurf „Achstes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes“ - DS 7/5040

Vielen Dank für die Zuleitung des Gesetzentwurfs und für die Möglichkeit zur Stellungnahme. Diese gebe ich namens des Landesverbandes der Partei DIE LINKE. Thüringen wie folgt ab:

Dem Gesetzentwurf wird zugestimmt. Den vorgelegten Begründungen unter Punkt A und B schließen wir uns vollinhaltlich an. Sie vereinfachen die Rechtslage, sind sinnvoll und bedürfen daher aus unserer Sicht keiner Ergänzung.

Hochachtungsvoll

im Auftrag:

Landesschatzmeister DIE LINKE. Thüringen

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilldokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilldokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/5040 -											
1.	Haben Sie sich als juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>Thüringischer Landtag</td> <td>e. V.</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Richard-Breslau-Str. 13</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>98094 Erfurt</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Thüringischer Landtag	e. V.	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13	Postleitzahl, Ort	98094 Erfurt
Name	Organisationsform										
Thüringischer Landtag	e. V.										
Geschäfts- oder Dienstadresse											
Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13										
Postleitzahl, Ort	98094 Erfurt										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilldokG)										
	<table border="1"> <tr> <td>Name</td> <td>Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.) </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
Name	Vorname										
<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)											
Straße, Hausnummer											
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	Komm. Spitzenverband i. S. v. §§ 126, 127 ThürKo St. § 1 Abs 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfes aus kritischer Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligientransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Gfzt 27.05.2022	

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich eigeninitiativ beteiligt.

Volt Deutschland, Landesverband Thüringen

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligentransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

15808/2022

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?	
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)
	Name
	Organisationsform
	Volt Thüringen
	Partei
	Geschäfts- oder Dienstadresse
	Mittelstraße 28
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)
	Postleitzahl, Ort
	07745, Jena
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)
	Name
	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)
	Straße, Hausnummer
	Postleitzahl, Ort

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Arbeit als politische Partei	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	Die vorgeschlagene Hürde für die Aufstellung von Wahlkreisvorschlägen nach Thüringer Wahlgesetz ist unverhältnismäßig hoch. Vor allem kleine Parteien werden besonders benachteiligt.	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input checked="" type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	Das Gesetz hat Konsequenzen für unsere Hürden und Chancen erfolgreich an Wahlen teilzunehmen.	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilDokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Jena, 21.06.2022	Landesvorsitzender

Den Mitgliedern des

..... Inn KA

Volt Deutschland Landesverband Thüringen
Mittelstraße 28 | 07745 Jena

der Landesverband

Thüringer Landtag
Kenntnisnahme

7 / 6 8 9 -

zu DrS 715040

vorstand@voltthueringen.org

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Straße 2
99096 Erfurt

THÜR. LANDTAG POST
25.05.2022 07:10

15331/2022

Jena, den 21.05.2022

Stellungnahme zur Drucksache 7/5040 – Achtes Gesetz zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir geben hiermit unsere Stellungnahme (in Bezug zur Stellungnahme der ÖDP, per Mail eingereicht am 20.05.2022) zur Drucksache 7/5040 ab.

Auch wenn wir es für etwas ungewöhnlich halten, dass zwei im Verfahren eigentlich zwangsläufig aufeinanderfolgende Fristen bzw. Stichtage auf den selben Tag fallen sollen, haben wir keine Einwände gegen die geplante Gesetzesänderung.

Wir möchten jedoch in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass das letzte Gesetz zur vorübergehenden Änderung des Landeswahlgesetzes für mögliche vorzeitige Neuwahlen des Thüringer Landtags im Jahr 2021 unter den Bedingungen einer pandemischen Lage seit dem 1.1.2022 nicht mehr wirksam ist. Daher halten wir es für dringend notwendig, ebenfalls folgende Änderungen am Landeswahlgesetz dauerhaft vorzunehmen:

Seite 1

Volt Deutschland
Landesverband Thüringen
Mittelstraße 28
07745 Jena

www.voltthueringen.org
thueringen@voltdeutschland.org

Problematik verfassungswidrig hohe Anzahl für Wahlkreisvorschläge zu sammelnder Unterstützungsunterschriften

Problematik fehlende Festlegung für die im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags zu sammelnden Anzahlen an Unterstützungsunterschriften

[...]

§ 22

Inhalt und Form der Wahlkreisvorschläge

(1) Der Wahlkreisvorschlag darf nur den Namen eines Bewerbers enthalten. Jeder Bewerber kann nur in einem Wahlkreis und hier nur in einem Wahlkreisvorschlag genannt werden. Als Bewerber kann nur vorgeschlagen werden, wer seine Zustimmung hierzu schriftlich erteilt hat; die Zustimmung ist unwiderruflich.

(2) Wahlkreisvorschläge von Parteien müssen von dem Vorstand des Landesverbands oder, wenn Landesverbände

nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigeren Gebietsverbände (§ 7 Abs. 2 des Parteiengesetzes), in deren Bereich der Wahlkreis liegt, eigenhändig unterzeichnet sein. Wahlkreisvorschläge der in § 20 Abs. 2 Satz 1 genannten Parteien müssen außerdem von mindestens ~~250~~ 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein; die Wahlberechtigung muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung des Wahlkreisvorschlags nachzuweisen.

(3) Andere Wahlkreisvorschläge müssen von mindestens ~~250~~ 100 Wahlberechtigten des Wahlkreises eigenhändig unterzeichnet sein. Absatz 2 Satz 2 Halbsatz 2 gilt entsprechend.

(4) Wahlkreisvorschläge von Parteien müssen den Namen der einreichenden Partei und sofern sie eine Kurzbezeichnung verwendet, auch diese, andere Wahlkreisvorschläge ein Kennwort enthalten.

(5) Im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) reduziert sich die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für betreffende Wahlkreisvorschläge auf 50.

[...]

§ 25

Zurücknahme von Wahlkreisvorschlägen

Ein Wahlkreisvorschlag kann durch gemeinsame schriftliche Erklärung der Vertrauensperson und der stellvertretenden Vertrauensperson zurückgenommen werden, solange nicht über seine Zulassung entschieden ist. Ein von mindestens ~~250~~ 100 oder im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) von mindestens 50 Wahlberechtigten unterzeichneter Wahlkreisvorschlag kann auch von der Mehrheit der Unterzeichner durch eine von ihnen persönlich und handschriftlich vollzogene Erklärung zurückgenommen werden.

[...]

§ 29

Landeslisten

(1) Landeslisten können nur von Parteien eingereicht werden. Sie müssen von dem Vorstand des Landesverbands

oder, wenn Landesverbände nicht bestehen, von den Vorständen der nächstniedrigeren Gebietsverbände, die im Wahlgebiet liegen, bei den in § 20 Abs. 2 genannten Parteien außerdem von 1.000 Wahlberechtigten

eigenhändig unterzeichnet sein. Im Falle einer vorzeitigen Neuwahl des Thüringer Landtags gemäß Thüringer Verfassung Artikel 50 (2) reduziert sich die Anzahl zu sammelnder Unterstützungsunterschriften für Landeslisten auf 250. Die Wahlberechtigung der Unterzeichner eines Wahlvorschlags einer der in § 20 Abs. 2 genannten Parteien muss im Zeitpunkt der Unterzeichnung gegeben sein und ist bei Einreichung der Landesliste nachzuweisen.

[...]

Begründung Unterstützungsunterschriften Wahlkreisvorschläge:

Laut aktueller Rechtsprechung wäre hier ein Wert von max. 0,26 % der Wahlberechtigten zulässig. Für die 44 Wahlkreise gemittelt liegt dieser Wert in Thüringen hingegen aktuell bei 0,64 %. Wir empfehlen hier den neuen Wert 100, welcher in den meisten Bundesländern zur Anwendung kommt, auch wenn dieser für Thüringen ebenfalls schon sehr knapp bemessen ist.

Begründung Reduzierung Unterstützungsunterschriften bei vorzeitiger Neuwahl:

Die Reduzierung auf 25 Prozent für Landeslisten und 50 Prozent für Wahlkreisvorschläge orientiert sich an den hierfür in anderen Bundesländern üblichen gesetzlichen Regelungen. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass sich der Sammlungszeitraum für Unterstützungsunterschriften im Falle einer vorzeitigen Neuwahl von etwa 15 Monaten auf faktisch und praktisch etwa sieben Wochen verkürzt. Das liegt deutlich oberhalb des Faktors vier bzw. zwei, um den sich die Anzahlen der sammelnden Unterstützungsunterschriften reduzieren.

Wir erinnern hiermit den Gesetzgeber an die Plenarsitzung des Thüringer Landtags vom 12.3.2021. Hier bestätigen mehrere im Thüringer Landtag vertretene Parteien, dass Bedarf auch für langfristige bzw. dauerhafte Regelungen besteht. Umso mehr sind wir nun verwundert darüber, dass wir erneut darauf hinweisen müssen, weil der vorliegende Gesetzesentwurf diese Probleme wieder nicht beseitigt.

(Quelle: https://live.thueringer-landtag.de/Veranstaltung/Plenarsitzung_2021_37-39)

Weiterhin möchten wir diese Anpassung am Landeswahlgesetz vorschlagen:

Vorschlag zur Modernisierung der Regelungen bezüglich der Notwendigkeit zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften

[...]

§ 20

Wahlvorschlagsrecht, Beteiligungsanzeige

(1) Wahlvorschläge können von Parteien und nach Maßgabe des § 22 von Wahlberechtigten eingereicht werden.

(2) Parteien, die im Deutschen Bundestag oder in einem Landtag seit deren letzter Wahl nicht auf Grund eigener Wahlvorschläge ununterbrochen vertreten waren oder nicht jeweils zumindest mit einer Landesliste und zusätzlich mindestens einem Wahlkreisvorschlag sowohl an den zuletzt stattgefundenen Bundestagswahlen als auch an den zuletzt stattgefundenen Landtagswahlen in Thüringen teilgenommen

haben, können als solche einen Wahlvorschlag nur einreichen, wenn sie spätestens am 90. Tag vor der Wahl bis 18 Uhr dem Landeswahlleiter ihre Beteiligung an der Wahl schriftlich angezeigt haben und der Landeswahlausschuss die Parteieigenschaft festgestellt hat. Die Anzeige muss enthalten:

1. den Namen und die Kurzbezeichnung, unter denen die Partei sich an der Wahl beteiligen wird
und

2. die eigenhändigen Unterschriften von mindestens drei Mitgliedern des Landesvorstands, darunter die des Vorsitzenden oder seines Stellvertreters, oder, wenn ein Landesverband nicht besteht, von den Vorständen des nächstniedrigeren Gebietsverbandes (§ 7 Abs. 2 des Parteiengesetzes), in deren Bereich der Wahlkreis liegt. Die schriftliche Satzung und das schriftliche Programm der Parteien sowie ein Nachweis über die satzungsgemäße Bestellung des Vorstands sind der Anzeige beizufügen.

[...]

Begründung:

Die Verpflichtung zur Sammlung von Unterstützungsunterschriften stellt nicht nur gemäß aktueller Rechtsprechung bereits eine systematische Einschränkung der verfassungsgemäßen Grundsätze der Gleichheit der Wahl und der Chancengleichheit der Parteien dar. Sie belastet zudem in nicht unerheblichem Umfang die Kommunalverwaltungen Thüringens und das Büro des Landeswahlleiters. Mehr als 70 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland halten wir eine mit unserem Vorschlag eingebachtete Modernisierung für angebracht und verantwortbar.

Mit freundlichen Grüßen

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

(Keine Dokumente vorhanden)